



IG BAU fordert Reform für Mini-Jobber

Ab erstem Euro Beitrag
zur Sozialversicherung

Damit der 450-Euro-Job nicht zur Falle wird, sollten die rund 36 700 Duisburger Minijobber besser gestellt werden. Das fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Die IG BAU schlägt dazu eine Reform der geringfügigen Beschäftigung vor. Demnach sollen Minijobs schon ab dem ersten Euro in die Sozialversicherung einbezogen werden.

„Minijobs waren als flexible und vorübergehende Lösung gedacht. Aber für viele Beschäftigte – etwa in der Reinigung – sind sie langsam zum Dauerzustand geworden, aus dem sie nicht mehr herauskommen“, sagt Karina Pfau von der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Eine Reform sei deshalb „mehr als überfällig“.

Nach aktuellen Angaben der Arbeitsagentur arbeiten in Duisburg allein in der Gebäudereinigung rund 1900 Minijobber. Damit sind 48 Prozent aller Mitarbeiter der Branche geringfügig beschäftigt. „Viele von ihnen haben seit Jahren keine Chance auf eine reguläre Stelle. Wegen fehlender Sozial- und Rentenbeiträge sind sie stark von Altersarmut bedroht“, betont die IG BAU-Bezirksvorsitzende. Betroffen seien insbesondere Frauen: 60 Prozent aller geringfügig Beschäftigten in der Stadt sind weiblich.